

TOP 16:

EntschlieÙung des Bundesrates "Verbesserung der Information der Öffentlichkeit und zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen bei Kerosin-Ablässen (Fuel-Dumping)"

- Antrag des Landes Rheinland-Pfalz -

Drucksache: 447/18

I. Zum Inhalt der EntschlieÙung

Mit dem EntschlieÙungsantrag soll die Bundesregierung insbesondere gebeten werden,

- sicherzustellen, dass Informationen zu allen Treibstoffablässen innerhalb von 24 Stunden nach dem Ablass transparent an Landesbehörden übermittelt und zusätzlich auf einem Internetportal der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Die Informationen sollen den Zeitpunkt des Ereignisses, die Menge, den Kerosintyp, die Dauer, die Flugroute und meteorologische Parameter umfassen;
- ein Meldeverfahren zu etablieren, mit dem nachteilige Auswirkungen von Kerosinablässen auf die Umwelt erkannt und reduziert werden;
- nach Vorlage der beim Umweltbundesamt beauftragten Studie zur Bewertung des Umfangs sowie der Auswirkungen von Treibstoffschnellablässen auf neuesten wissenschaftlichen Grundlagen weitere Untersuchungen zu veranlassen, sollten die Ergebnisse weiteren Untersuchungsbedarf aufzeigen;
- sich verstärkt dafür einzusetzen, dass bereits mittelfristig das im Weißbuch der Kommission genannte Ziel, einen Anteil substitutiver Flugkraftstoffe von mindestens 40 Prozent zu erzielen, erreicht wird. Forschungsaktivitäten zur Entwicklung und zum Einsatz von Substitutionskraftstoffen im zivilen Luftverkehr, die mittelfristig Kerosin mit seinen gesundheitsschädlichen Verbindungen ersetzen können, sollen gefördert werden.

II. Empfehlungen der Ausschüsse

Der **federführende Verkehrsausschuss**, der **Gesundheitsausschuss**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** und der **Wirtschaftsausschuss** empfehlen dem Bundesrat, die EntschlieÙung zu fassen.